

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 21. Juli 1896.

№ 84.

Bekanntmachung.

Nachdem die zweite (außerordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Halle a. S. den zwischen Vertretern der Prinzipale und Gehilfen geschaffenen Tarif gutgeheißen, werden die geehrten Mitglieder hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß für die Entlohnung auf Grund des § 1 A. b des Verbandsstatuts der Deutschen Buchdrucker dieser Tarif als maßgebend zu betrachten ist.

Halle a. S., den 18. Juli 1896.

Der Verbandsvorstand.

Außerordentliche Generalversammlung

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Halle a. S.

Sonnabend: Sechster Tag.

Döblin eröffnete die Sitzung.

Klapproth gab zunächst namens der Kommission behufs Vorschlags zur Wahl des Redakteurs das Recht, daß die Kommission beschlossen habe, zunächst zu erfahren, ob sich aus der Mitte der Versammlung nicht selbst einige Kollegen melden könnten, die die Kraft in sich fühlten, das Amt zu übernehmen; oder aber ob einer oder der anderen der Herren Delegierten aus feineren oder anderen passenden Kollegen vorschlagen könne. Er bat, solche Vorschläge der Kommission zu überweisen, damit dieselbe der Versammlung eine endgültige Vorschlagsliste unterbreiten könne. Damit ward der Gegenstand verlassen.

Die der Generalversammlung im Laufe der Verhandlungen vorgelegten gedruckten zwölf Fragen seitens der Corr.-Redaktion wurden durch die gefassten Beschlüsse als erledigt erklärt.

Döblin beantragte, die hier gestellten Anträge auf Statutenänderung aus Zweckmäßigkeitsgründen fallen zu lassen.

Stredert-Berlin beantragte, über die Frage der Urabstimmung in eine Diskussion treten zu wollen und reichte folgenden Antrag ein:

Beantworte, betreffs der mehrseitig beantragten Urabstimmung in bestimmten Fragen in eine Debatte zu treten.

Klapproth erklärte sich gegen jede Statutenänderung durch die außerordentliche Generalversammlung und reichte einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ein.

Arndsee hielt jede Diskussion hierüber für unnütz, nachdem die Versammlung ihr Einverständnis mit der Geschäftsführung des Vorstandes ausgesprochen.

Hierauf wurde Antrag Stredert abgelehnt.

Höger-Wien wünschte bei der nächsten Generalversammlung herabzusetzen zu wissen, daß man in Fragen der Karenzzeit, Unterstützungshöhe usw. versuchen möge, sich mit den österreichischen Kollegen in eine gewisse Einseitigkeit zu bringen.

Döblin versprach, daß die nächste Generalversammlung den Vorschlag Högers berücksichtigen werde.

Bei dem Punkte: Stellungnahme zu dem geplanten graphischen Kartell, erläuterte Döblin die Gründe der auf der graphischen Konferenz entstandenen Resolution, betonte aber besonders, daß bei dem Zusammenschlusse die berechtigten Maßnahmen der einzelnen Organisationen gewahrt bleiben müssen. Wir müßten dem entgegenstehen, daß — wie eine vorliegende Protestresolution der Berliner Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen zeigt — andere Verufe sich in unsere Bewegung einmischen.

Wach-Berlin erweitert die Ausführungen Döblins und nimmt auf Berliner Vorkommnisse Rücksicht, welche ihn für ein Kartell besonders bestimmen. Die wiederholt angelegene „Solidarität“ ist deshalb auch ein Organ, welches im Sinne der Vorbereitung eines Kartells wirken soll, und mit der eingegangenen Leipziger Reform nicht zu vergleichen. Ist es uns auch noch nicht gelungen,

dem Blatte diese Verbreitung zu geben, wie wir es gern wollen, so müssen wir andererseits doch konstatieren, daß Interesse der Hilfsarbeiter Berlins für einen Zusammenschluß dauernd wach zu erhalten, wie es auch gelungen ist, außerhalb Berlins dem Blatte einen Leserkreis zu verschaffen. Wir glauben damit einem Kartell vorarbeiten zu können, das wir im Interesse aller graphischen Arbeiter für wünschenswert und notwendig erachten.

Weißwanger glaubt, daß an der Kostenfrage diese Idee scheitern dürfte; in größeren Städten mögen gemeinschaftliche Versammlungen stattfinden.

Arndsee: Wenn die Mitglieder vierteljährlich 30 Pf. Beitrag zahlen und so lange warten sollen bis 30000 Mk. zusammen sind, dann werden es die anderen Verufe bald satt bekommen; wir selbst sind durch die angenommene Tarifgemeinschaft gebunden und nicht in der Lage, mit den anderen Verufen gemeinsam vorzugehen.

Döblin antwortet, daß Arndsees Exempel nicht stimme, denn unsere Organisation habe allein an Mitteln 24000 Mk. für das Kartell aufzubringen.

Haas-Mainz gab folgende Resolution bekannt:

Die heute am 30. Mai 1896 im Lokale zum Weihen Rösch in Mainz tagende Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erblidt in der Gründung des Graphischen Kartells einen weiteren Fortschritt zur Erreichung besserer Lebensbedingungen, wünscht jedoch, daß dieser Streikfonds in erster Linie in Anspruch genommen werden kann, wenn Angehörige sämtlicher Organisationen daran beteiligt sind, im andern Falle soll nur den Beteiligten einer einzelnen Organisation ein gewisser Prozentsatz nach ihren geleisteten Mitarbeiterbeiträgen zur Verfügung gestellt werden.

Antragsteller wünscht nicht, daß auf Kosten der Buchdrucker allein die Bedürfnisse der anderen graphischen Arbeiter geregelt würden. Man wolle damit verhüten, daß man in einzelnen Geschäften und in einzelnen Verufen in eine Bewegung eintrete, es müsse sich stets um ein geschlossenes Vorgehen handeln.

Kauf-Leipzig erklärt die Resolution Haas als ihm ganz unympathisch, weil es das Bestreben der stärkern Organisation sein muß, der schwächeren beizustehen; er bat die Resolution abzulehnen.

Wassini: Daß die Hilfsarbeiter sich mit unserer Bewegung befassen, liegt daran, daß sie nicht genügend unterrichtet waren; entgegen Arndsee sei er der Meinung, daß durch unsere tariflichen Abmachungen heute schon ein ganzer Teil der verwandten Berufsgenossen eine Besserstellung erreicht. Wir müßten dahin wirken, daß die Organisationen ausgebaut werden und dafür auch sekundäre Unterstützung leisten.

Heilmann-Flensburg ist der Ansicht, daß die Mainzer Resolution sich scheinbar überhaupt gegen das Kartell ausspreche, streift die Beitragshöhe, die nicht unbedingt festzulegen wäre, und erblidt in dem Kartell einen Segen für alle graphischen Verufe. Reicht einen diesbezüglichen Antrag ein:

Beantworte, den Beitrag von 30 Pf. vierteljährlich nicht festzulegen, sondern die Höhe desselben durch eine Konferenz der Vorstände der beteiligten Organisationen feststellen zu lassen.

Rosenlehner-Bremen sprach für ein Kartell, dergleichen Reghäuser-München, welcher zwar für die nächste Zukunft in Sachen des Kartells keinen besonderen Erfolg erhoffte, aber die Generalversammlung solle wenigstens einmal eine Grundlage für dasselbe schaffen und deshalb der Resolution der graphischen Konferenz ihre Zustimmung geben.

Höger-Wien sprach ebenfalls für ein Kartell und schilberte hierbei speziell österröschische Verhältnisse.

Eichler-Leipzig bat, die Anträge Mainz und Heilmann abzulehnen, weil deren Annahme sich als nicht praktisch für das graphische Kartell erweisen würden. Nehmen Sie die Resolution unverändert an, das ist das Richtige.

Wolkenbuehr-Hamburg und Setz-München sprachen sich für das Kartell aus, letzterer für Ablehnung des Antrages Heilmann.

Haas-Mainz sprach für die Resolution Mainz; man möge nicht an der guten Gestaltung der Resolution für das Kartell Zweifel hegen; schilberte die Gründe, die die Antragsteller zur Resolution bewegen haben.

Dominé-Frankfurt befürchtete in dem Festlegen des Beitrages auf 30 Pf. die Unmöglichkeit des Entstehens des Kartells.

Döblin erklärte, daß diese Beitragshöhe nicht von den Buchdruckern, sondern von den übrigen graphischen Mitgliedern beantragt wurde.

Heilmann wünschte, falls bei Infalligkeit die Beiträge erniedrigt werden sollten, daß unsere Vertreter sich dem nicht entgegenstellen.

Es wurde dahingehend beschlossen und dann einstimmig das Einverständnis mit der in Berlin am 9. Mai 1896 beschlossenen Resolution erklärt, die wie folgt lautet:

Die heute am 9. Mai versammelten Vertreter der Organisationen der graphischen Verufe (Buchdrucker, Lithographen, Steinbrücker, Buchbinder usw.) erklären ihr Einverständnis mit der Bildung eines Kartells auf nachstehender Grundlage:

Zur Bestreitung der Kosten größerer Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder um die Befreiung der Verschlechterung derselben ist ein Reservefonds anzulegen, zu welchem jedes Mitglied der vorgenannten Organisationen vierteljährlich 30 Pf. zu entrichten hat. Diese Beiträge sind vierteljährlich an den Kassierer des Fonds abzuliefern.

Die Verwaltung und die Kontrolle des Fonds ist eine gemeinschaftliche, aber von den übrigen Verwaltungsgeschäften der Organisationen getrennt. Die Verwaltung hat ihren Sitz in Berlin, sie besteht aus drei aus den einzelnen Verufen zu ernennenden Personen, welche alljährlich neu gewählt werden müssen.

Unterstützungen aus dem Fonds können erst dann gewährt werden, wenn die Summe von 30000 Mk. angesammelt ist.

Die Höhe der zu gewährenden Unterstützung bestimmen in allen Fällen die Vorstände der kartellierten Organisationen in Gemeinschaft mit der Verwaltung des Fonds.

Bei Streiks einzelner Verufe in einzelnen Anstalten haben diejenigen kartellierten Berufsgenossen, die in derselben Anstalt beschäftigt werden, nach erfolgter Zustimmung ihrer Vereinsvorstände, die Arbeit ebenfalls niederzulegen, sobald damit voraussichtlich ein Erfolg erzielt wird.

Die Agitation ist in der Weise zu betreiben, daß in kleineren Orten nach Möglichkeit allgemeine graphische Versammlungen von den auf Agitation befindlichen Rednern einzuberufen sind.

Alle sich weiter notwendig machenden und in dieser Resolution nicht besonders angeführten Bestimmungen treffen die Vorstände der kartellierten Organisationen gemeinsam.

Eißler gab Aufschluß über das Resultat der Breslauer Beschlüsse in Beziehung auf die Kasernenverhältnisse. Es hat sich nach dem Rechenschaftsbericht erwiesen, daß die Vorlage des Vorstandes trotz damaliger Anweisung derselben die Voraussetzungen erfüllt hat; die Rechnung des Vorstandes betr. des Mehr an Unterstützung für Arbeitslose, wie dieselbe der Breslauer Generalversammlung vorlag, hat erwiesen, daß die ungefähre Summe von 38000 Mk. an Unterstützung nicht nur erreicht, sondern um etwa 14000 Mk. überschritten wurde. Auch ist ein Abgang von Kranken deshalb nicht zu konstatieren. Eine erfreuliche Mitteilung aber dürfte es für Sie sein, daß unser Vermögen sich pro erstes Quartal 1896 auf mindestens 1030000 Mk. belief.

Döblin machte Mitteilung, daß am 5. August in Genf ein internationaler Kongreß stattfindet. Veranlassung dazu hat das Vorgehen der ungarischen Kollegen gegeben, die ohne vorherige Verständigung in den Streit getreten, der für den österreichischen Verband, sowie auch für den unsern leicht schädigend hätte sein können. Da Mittel nicht vorhanden, haben wir auf Anregung des internationalen Sekretärs 15000 Mk. Vorschuß gegeben. Es ist angeregt worden, einen internationalen Streikfonds zu gründen, womit wir uns nicht einverstanden erklären können, die französischen Kollegen haben es abgelehnt auch nur zu den sachlichen Kosten ferner etwas beizutragen; bei den italienischen ist dies nur noch eine Frage der Zeit. Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt und es sei zu erwägen, ob der besolbete Sekretär nicht abzusetzen und dafür ein unbesolbeter an dessen Stelle zu treten habe.

Massint-Berlin: Wenn auch die romantischen Länder so wenig Interesse für ein internationales gewerkschaftliches Zusammengehen bekunden, möge man deshalb doch ein Interzessionen mit den anderen Ländern im Auge behalten. Er wünscht, daß man den Sitz nach England verlege und auch die bevorstehende Konferenz dort abhalte; schon aus Gründen praktischer Erwägung in Sachen der Segelmachine, die in England Einführung gefunden habe.

Höger schloß sich dem an; die österreichischen Kollegen hätten bereits im Februar einen dahingehenden Antrag gestellt.

Döbblin erklärt, daß eine Aenderung in der Auserwählung des Termins des Kongresses nicht mehr möglich sei. — Damit trat eine Pause ein.

Nach derselben erhielt Klapprotz das Wort zur Berichterstattung für die Kommission; derselbe stellte namens der Kommission folgenden Antrag:

Die Generalversammlung beschließt, Herrn Härtel die provisorische Leitung der Redaktion des Corr. zu übertragen, und den Vorstand zu beauftragen, eine sofortige Ausschreibung der ersten Redaktionsstelle vorzunehmen. Die spätere Wahl derselben wird dem Zentral- und den Gauvorsitzenden überlassen. Betreffs der augenblicklichen Führung der Redaktionsgeschäfte empfiehlt die Kommission, den Kollegen Schmidt unter Ausscheidung der wöchentlichen Beiträge zu entlassen und dafür den Kollegen Eichler mit der provisorischen Vertretung derselben zu beauftragen.

Nach längerer Debatte, an welcher sich eine Anzahl Redner beteiligten, wurde der Kommissionsantrag angenommen.

Mehrere Beschwerden über die Leitung des Corr. wurden als begründet erklärt, aber durch die gefassten Beschlüsse als erledigt betrachtet; weitere Beschwerden von Mitgliedern des Gaues Bayern sowie eines Mitgliedes aus Kiel und mehrerer Kollegen aus Hamburg wurden als unbegründet erachtet resp. den Gauvorsitzenden überwiesen. Die eingereichte Protestresolution der Berliner Hilfsarbeiter an der Generalversammlung gegen die Anerkennung der fünfjährigen Tarifgemeinschaft und des § 31 des Tarifs seitens der Gehilfen wurde als unzulässig zurückgewiesen.

Eine eingereichte Beschwerde des Kollegen Vollenbach in Frankfurt in Sachen seiner Konditionslosigkeit wurde als unberechtigt zurückgewiesen.

Seitens Stewert-Berlin ging folgende Resolution ein: Die Bestrebungen der Schriftsteller, welche darauf gerichtet sind, durch Verkürzung der Arbeitszeit sowie Schaffung eines möglichst einheitlichen Tarifs ihre Lage zu verbessern, erkennt die Generalversammlung an, und gibt dem Zentralvorstande die Vollmacht, zu dem event. stattfindenden Delegiertentage der Schriftsteller Deutschlands einen Beitrag zu den Kosten derselben zu gewähren.

Nach längerer Beratung seitens Stewert, Rassin i und Eichler und der Wahrung des Rechtes seitens Döbblin, daß dem Hauptvorstande ein gewisser Einfluß bei einer event. Bewegung garantiert bleibe, wurde die Resolution angenommen.

Damit war die Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung erledigt.

Nach einem kurzen Resümee über den Lauf der Verhandlungen, der ergeben habe, daß auch die Opposition sich in alter Disziplin der Majorität, wie bisher, fügen wolle, verabschiedete sich Döbblin gegen die Kritik seitens einiger Parteiblatte über unser Parlament und über deren Berichterstattung, welche in einer Weise geäußt werde, die als insam zu bezeichnen wäre. Deren Bestreben sei, dauernd in einem Kampfe zu bleiben, um unsere Organisation als stärkste zu gesplitteln. Möge im Hinblick auf diese Verhältnisse unser Grundsatz sein und bleiben, als Klassen- und zielbewusste Arbeiter unserer Organisation allezeit unsere Kräfte zu wetzen.

Nach einem Danke für das Bureau, an die Halle'schen Kollegen für bewiesene Gastfreundschaft, und einem Dank Döbblin's für das Erscheinen der Wiener Kollegen, dankte Höger für gefundene brüderliche Aufnahme, und wünschte, daß unsere gegenseitigen Beziehungen immer herzlicher werden mögen.

Nach einem kurzen Schlusswort und einem dreimaligen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wurde die außerordentliche Generalversammlung geschlossen.

NB. Schlegl-Wien bezeichneten wir als Verbandssekretär, derselbe ist aber Obmann der Tarifkommission.

Die Leipziger Statistik.

Es ist eine betrübende Erscheinung in allen modernen Gewerkschaften, daß die zur Ausarbeitung grundlegender und genauer Aufnahmen der jeweilig bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, also Statistiken, eingesetzte Kommissionen niemals etwas Ganges zu Stande bringen. Mögen sich die betreffenden Mitglieder noch so große Mühen bei der Aufstellung der erforderlichen Fragebogen geben, sie werden am Schluß ihrer Arbeit sehen, daß ein ziemlich bedeutender Prozentsatz der Mitglieder entweder kein Interesse oder kein Verständnis für den Wert einer ordentlichen Statistik innerhalb eines Gewerbes hat. Es sollte sich eigentlich erübrigen, intelligenten und fortgeschrittenen Berufsgenossen den Nutzen und die Bedeutung statistischer Aufnahmen auszuinandersetzen; aber wie man aus den Resultaten der letzten vorgeschickten Statistik in Leipzig ersehen kann, thäte es aller Augenblicke not, drängend und schließend hinter dem Gros der

Kollegen zu stehen. Sollen die Funktionäre irgend einer Gewerkschaft schnell und präzise arbeiten, so ist es notwendig, daß auch jeder einzelne gegebenen Falles einer kleinen Mühe sich unterzieht, um wie man triviale Worte annimmt, nicht den antikernden Personen, sondern der Allgemeinheit zu dienen. Statistiken müssen für alle Lohnbewegungen stets bereite und schlagfertige Hilfsmittel, sie müssen ein untrüglicher Spiegel sein, in dem wir tren das Abbild unserer sozialen Lage wiedererblicken, sie müssen uns fernerhin die Wege zeigen, wie wir die in den Statistiken uns entgegenstehenden Mängel beseitigen oder doch wenigstens vermindern!

Nach der Beteiligung zu urteilen, welche die Statistik sich seitens der Leipziger Kollegenchaft zu erfreuen hatte, könnte man behaupten — ohne irgendwie anmaßend zu werden — daß der Sinn für gewerkschaftliche Bestrebungen und Unternehmungen erheblich im Niedergange begriffen ist. Woher diese fatalen Erscheinungen rühren, soll an dieser Stelle vorläufig unerörtert bleiben, da wir uns in der Hauptsache mit der Statistik beschäftigten wollen, welche am 15. Februar d. J. in Leipzig seitens der organisierten Gehilfenchaft aufgenommen worden ist.

Es muß sofort auffallend und bestreudend erscheinen, wenn von allen ausgegebenen Fragebogen nur 1192 aus 101 Druckerereien eingingen. Wenn wir in Betracht ziehen, daß in Leipzig gegen 1700 Verbandsgehilfen ständig arbeiten, so ist einem beträchtlichen Teile der Kollegen der Vorwurf der Saumseligkeit nicht zu erparen. Die Angaben über die Lohnverhältnisse erschienen auf den ersten Moment günstig, jedoch wird man bei näherem Zusehen wahrnehmen, daß von den 1192 Kollegen nur ganz wenige zum Minimum entlohnt werden; es ist der Beweis erbracht, daß alle jene, welche zum und unter Minimum arbeiten, aus unerklärlichen Gründen die Fragebogen gar nicht ausgefüllt haben, da aus diesen und noch anderen Gründen die Statistik auf Vollständigkeit und Genauigkeit keinen Anspruch machen kann, so ist es gar nicht zur Drücklegung derselben gekommen. Trotzdem aber glauben wir, daß sich noch manches findet, was von Interesse für die Allgemeinheit ist. Von den 1192 Gehilfen, welche sich an der Statistik beteiligten, waren 8 Faktoren, 13 Korrektoren, 475 Gewissgeldheber, 376 bezeichnende Seper, 311 Drucker und 9 Aufwärmer. Nach den Aufzeichnungen beträgt der Durchschnittslohn pro Woche: bei den Korrektoren 28,21 Mk., bei den Gewissgeldhebern (Arbeiter) 26,38 Mk., Gewissgeldheber im Werte 24,72 Mk., berechnenden Sepern 25,73 Mk., Druckern 26,93 Mk. Von den in der Statistik verzeichneten 311 Druckern bedienen 270 eine und 41 zwei Maschinen.

Ueber die Familienverhältnisse wäre zu bemerken: Verheiratet 769 und ledig 428 Kollegen. 634 Verheiratete haben für 1828 Kinder und 345 sonstige Angehörige, 94 Weibge für 132 sonstige Angehörige zu sorgen. — Die Arbeitszeit beträgt in 2 Druckerereien 10¹/₂ Stunden, in 2 9¹/₂ Stunden, in 3 9 Stunden und in den übrigen 10 Stunden.

Die Angaben über die Altersverhältnisse mögen von besonderem Interesse sein, denn aus der nachfolgenden Tabelle ist mit Deutlichkeit zu ersehen, daß die größte Zahl der Kollegen in den besten Mannesjahren das Opfer ihres Berufes werden. Namentlich macht sich der Fall der Jünger der arbeitenden Kollegen bei dem 33. und 34. Jahre bemerkbar.

Jahre	Seper	Drucker	Seper	Drucker	Seper	Drucker	Seper	Drucker	Seper	Drucker	Seper	Drucker
18	1	1	31	45	12	44	15	3	57	2	—	—
19	32	13	32	36	9	45	15	4	58	5	1	—
20	39	19	33	47	7	46	9	1	59	—	1	—
21	29	16	34	28	6	47	12	1	60	1	—	—
22	26	10	35	26	19	48	14	2	61	2	1	—
23	32	14	36	35	9	49	5	1	62	2	—	—
24	44	15	37	27	8	50	13	2	63	—	1	—
25	39	23	38	38	4	51	7	3	64	1	—	—
26	23	24	39	21	4	52	9	3	65	1	—	—
27	29	16	40	17	5	53	2	2	67	2	—	—
28	35	14	41	11	2	54	5	3	73	1	—	—
29	31	12	42	11	4	55	3	—	—	—	—	—
30	45	12	43	17	—	56	1	2	—	—	—	—

Zum Schluß wollen wir noch jene Druckerereien ans Licht der Öffentlichkeit ziehen, mit welchen die betreffenden Kollegen in tariflicher wie familiärer Hinsicht nicht zufrieden gewesen sind: Bei Brüderner & Niemann bedient der eine Drucker 3 Maschinen und 1 Tiegeldruckerei mit Hilfe eines Beihilfs. Giesecke & Deventer bestrahlt dreimaliges Jupitatommen mit Entlastung. Bei Gregner & Schramm wird in tariflicher Beziehung viel gekündigt, jedoch nur einmal die Woche gelehrt. Ueber die Druckererei von Engelhardt erübt betrifft mangelhafter Reinigung des Seperiales dasselbe Klage. Die schnell emporgeschossene Firma Grumbach gibt sich ebenfalls Mühe, Unzufriedenheit zu erregen; die Maschinen laufen zeitweise während der Pausen; für falsche Ausschleichen wird 1 Mk. Strafe „gerechnet“. Verwendung der Strafe ist den Arbeitern ein Rästel. Wasmacht einrichtiger und Handtücher mangelhaft; schlechte Lichtverhältnisse für Seper. Drucker von Hahn (Otto) familiäre Verhältnisse schlecht, Vokal sehr eng; dasselbe gilt von Jädel & Bruder. Kühn & Richter: Lohn wird abschlagsweise ausbezahlt, es gibt Guthaben von 60 Mk. Bei Büchel & Trepte haben die Drucker unter schlechter Behandlung des sogenannten Obermeisters

zu leiden. Bei Schmidt & Baumann existiert ein Hausarst (nach der Elle!) Wenn, wie schon einmal erklärt, die aufgenommene Statistik nicht den berechtigten Anforderungen entspricht, so hat doch wenigstens dasjenige Material, welches dieser Besprechung zu Grunde lag, den Beweis erbracht, daß es im Reich derer von Klinskhardt-Baensch-Namm in vielen Punkten faul bestellt ist, was ja nicht wunder nehmen kann, wenn man bedenkt, daß das Unternehmertum sich nicht um den Tarif, wohl aber darum kümmert, wie der Gehilfenchaft am geschmackvollsten der Maulkorb umgibt werden kann.

Korrespondenzen.

y. Leipzig. (Mitgliederberufung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen am 8. Juli) Dieselbe war von 290 Mitgliedern statuten-gemäß beantragt und von gegen 300 Personen (nicht wie im Corr.-Bericht angegeben 600 Personen) besucht. Punkt 1 fand seine Erledigung durch die Nachwahl von vier Vorstandsstellvertretern; es wurden genehmigt die Kollegen Kauf, Wetter, Walter, Sperling. Zum zweiten Punkte: Die neuesten Maßnahmen der Innung Leipziger Buchdruckerbesitzer und unsrer Stellung zu denselben, gab der Vorsitzende, Kollege Eichler, ein kurzes einleitendes Referat, in welchem er darlegte, in welcher leichtfertiger Weise die Mitglieder ihre Namensunterschrift hergegeben hätten, obwohl sie aus den mündlichen wie schriftlichen Auseinandersetzungen zur Genüge wissen mußten, um was es sich gehandelt hätte, nämlich dem Tarife Gehilfen seitens der Anerkennung zu verlagen. Unterschrieben haben, trotz der Aufforderung des Vereinsvorstandes, die Unterschritten bis zur Generalversammlung zurückzuhalten, in Leipzig 1000 Vereinsmitglieder, 341 haben die Unterschritten verweigert. Der Vorsitzende hoffte, daß die wenigen noch tapfer ausbleiben und ihre Prinzipale auf die bevorstehende Generalversammlung hinweisen, falls man die Anerkennung des Tarifs verlangte sollte. Redner brachte eine Resolution des Vorstandes ein, welche als zu wenig scharf abgelehnt wurde. Kreßhmar gekettete scharf das Verhalten der Innung und meinte ferner, daß der Vorstand des Vereins seiner Pflicht nicht so nachgekommen sei, als er es in Anbetracht der Sachlage hätte thun müssen. Aus dem Vor-gehen der Prinzipale hinsichtlich der Art und Weise der Einführung des Tarifs leuchte geradezu eine Vergeßlichkeit der Arbeiter heraus. Den Ausführungen des Vorsitzenden, daß der hiesige Vorstand von dem Eric bis zur letzten Stunde keine Abnung gehabt haben sollte, setzte er Zweifel entgegen; er will sich aber bis zur Generalversammlung gebunden und sehen, ob Eichler die Wahrheit gesagt habe. Er sei überaus mißtrauisch geworden und könne keinem so leicht Glauben schenken. (Sogar die blaue Farbe, mit welcher die Handzettel des Vorstandes gedruckt waren, gab dem Redner zu einer witzigen Andeutung Gelegenheit!) Man solle in Halle den Gehilfenvertretern ordentlich die Köpfe waschen, da sie trotz Aufforderung der Gauvorsitzer-Konferenz in Berlin, die letzte Sitzung nicht zu besuchen, es dennoch getan und bei der Ueberrumpelung der Gehilfenchaft die Hand im Spiele gehabt hätten. Die Nachnamenmeister seien am schlechtesten weggekommen, jedenfalls sollten sie ihre zehn Stunden weiter werfeln. Redner forderte die Kollegen auf, die lauscherartigen Bestimmungen nicht zu acceptieren und die fünfjährige Fesseln abzustreifen, selbst auf die Gefahr hin, unter den alten Bedingungen weiter arbeiten zu müssen. Kollege Kreßsin brachte folgende Resolution ein: Die heutige Generalversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen erklärt die Handlungsweise der Gehilfenvertreter, welche den Prinzipalen die Hand zur hinterlistigen Anedelung der Gehilfen boten, als gesinnungslos und gehilfenfeindlich. Die Versammlung wünscht von der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker die Initiative zur Amtsentsetzung sämtlicher beteiligter Gehilfenvertreter. Ferner erklärt die Versammlung, da die Unterschritten des Tarifs nur unter dem äußersten unmoralischen Druck des Prinzipalstums gegeben wurden, dieselben für erzwungen und deshalb nicht bindend. Die Versammlung betrachtet die aus Anlaß der Verweigerung der Unterschritten konditionslos werdenben Mitglieder als gemäßiget. Eichler wies die Angriffe Kreßsin's gegenüber dem Vorstand zurück und stellte fest, daß die „blauen“ Handzettel am 1. Juli vormittags innerhalb drei Stunden durch arbeitslose Kollegen in die Druckerereien geschafft worden seien. Aber trotz aller Mahnungen, nicht zu unterschreiben, seien die Unterschritten erfolgt. Kollege Dehne wandte sich ebenfalls gegen den Vorstand und meinte, es hätte eine Versammlung am 30. Juni stattfinden können. Kollege Kreßsin schloß sich den Ausführungen Kreßsin's an. Redner wußte, daß einige Vorstandsmitglieder von dem Coup der Prinzipale Kenntnis gehabt hätten. Kollege Ray stellte die letztere Behauptung Kreßsin's dahingehend richtig, daß einige Kollegen von Wä & Hermann am Montagabend in der Expedition waren und fragen, wie man sich dem neuen Tarife gegenüber zu verhalten hätte. Der Prinzipal Wä hätte etwas von „Unterschreiben“ fallen lassen, aber man hätte nicht erfahren können, in welcher Weise dies Unterschreiben vor sich gehen sollte. Auf unkontrollierbare Äußerungen eines Prinzipals hin könne man doch nicht gleich eine Versammlung abhalten. Den Kollegen von Wä & Hermann sei von Vorstands-

sette der Mat gegeben worden, auf dem von den Leipzigern eingenommenen Standpunkte zu verharren und jedwede Unterchrist, welcher Art sie auch sein sollte, strikte zu verweigern. Die Handzettel, welche der Vorstand herausgegeben, seien in der That in die größten und meisten Druckereten so zeitig gekommen, daß die Kollegen den Anordnungen des Vorstandes bequem hätte Folge geben können, wenn man nur den guten Willen zeigen wollte. Redner glaubte, daß einzelne Personen sich ein förmliches Programm zurecht gebaut haben, um dem Vorstande das Amtieren zu erschweren, denn anders könne man sich diese Spitterthiererei nicht erklären, aber alle Intempereien würden erfolglos bleiben. Der jetzige Vorstand werde sein Amt weiter führen, wenn auch gegen den Willen einzelner, und den Platz nicht verlassen, auf welchen ihn die Mehrheit der Leipziger Kollegen gestellt hätte. (Oho-Ho!) Kollege Schmitz knüpfte an die Ausführungen des letzten Redners an und meinte, daß Kollege May der Opposition den Fehdehandschuh hingeworfen habe. Er finde es begründlich, daß so viele unterschrieben, da die Gehilfenvertreter diesen Tarif selbst empfohlen hätten, und gab ebenfalls dem hiesigen Vereinsvorstande Schuld daran, daß die Sache in Leipzig so elend ausgefallen sei; dieser hätte früher die Initiative ergreifen müssen. In Hannover hätten die Gehilfen auch früher als wir zu dem neuen Tarife Stellung genommen. (In Hannover hat der dortige Vereinsvorstand am 30. Juni Artikelarbeitsverhältnisse an die Mitglieder ergeben lassen wie der Vorstand in Leipzig. Eine Versammlung hat man auch dort nicht abgehalten. D. B.) Die Kollegen Rheinlands-Beisatzens hätten den Tarif verworfen. Ueberhaupt stehe es einzig in der Geschichte der Arbeiterbewegung da, daß den Arbeitern von den Unternehmern „Wohltthaten“ aufgezungen werden sollen. Es müsse mit den Wohltthaten recht windig bestellt sein, wenn auf solche Art und Weise wie hier in Leipzig der Tarif zur Einführung gebracht werde. Mit Entlassung würden die Kollegen bedroht, welche den Tarif nicht anerkennen wollten, so z. B. bei Bär & Hermann, Aldermann & Wäfer usw. Die Einführung fange gut an, wir würden aber noch mehr Widerwärtigkeiten erleben, wenn die Prinzipale an das Halten des Tarifs gehen müßten. Der Vereinsvorsitzende hätte sogar den Prinzipal Bär aufsuchen müssen, um die Entlassung der Mitglieder, welche die Unterschriften verweigerten, zu verhindern. Eicher erwiderte Schmitz, es könne keine Rede davon sein, daß er Bär „gute Worte“ gegeben habe. Als er von der ausgeprochenen Maßregelung erfahren, sei er hingegangen und habe dem Herrn Tarifvertreter Bär den Standpunkt in derben Worten klar gemacht, was diesen dann bezogen hätte, von allen Maßregelungen abzugehen und in Leipzig dafür zu wirken, daß solche in anderen Druckereten unterblieben. Kollege Kiesel: Schmitz gebrauchte die Rede von dem, ich hätte meine Kemer niedergelegt, weil ich das Vertrauen der Leipziger Kollegen nicht mehr besäße. Dies entspricht nicht den Thatfachen. In einer Vorstandssitzung, zu welcher aus allen Druckereten vertrauenswürdige Personen zugegen waren, setzte ich meinen Kollegen die Gründe des Nichttritts auseinander. Aber sämtliche Redner in jener Sitzung, namentlich die Kollegen Knoll und Kressin, konnten einen Grund zur Amtsniederlegung für mich nicht finden. In Gegenteil, ich wurde gefragt, ob ich wieder Vorsitzender werden wolle, wenn man dafür Sorge trage, daß ich einstimmig wiedergewählt würde. Ich lehnte dies mit der Motivierung ab, daß ich mit einer Kollegenschaft nichts Ersprießliches schaffen könne, die heute „Hosianna!“ rufe und morgen „Kreuzigt ihn!“ — Er selbst habe von dem Schritte der Sitzung sowohl wie von dem Eric der Gehilfenvertreter keine Ahnung gehabt, auch vom Zentralvorstande habe er keine Nachricht empfangen. Sollte es sich in Halle herausstellen, daß Döblin seine Hand zu solchem Treiben geboten, so wäre er der erste, der den Ausschluß Döblins verlange. (Bravo!) Schon auf der letzten Generalversammlung habe er verlangt, daß für dieses Frühjahr eine Bewegung insentret werden müsse; die übrigen Delegierten hätten jedoch ungläubig die Köpfe geschüttelt. Schmitz müsse diese befähigen können. Dem hiesigen Vereinsvorstande die Schuld an den vielen Unterschriften aufzubürden, sei ungebührlich und sollte es sich bewähren, daß einige Kollegen dem Vorstande das Amtieren systematisch erschweren wollten, so würde es ihm nicht darauf ankommen, diejenigen Kollegen um sich zu scharen, die von solch frivolem Thun nichts wissen wollten, und dann dürfte den Wegzügen wohl der Atem ausgehen! Wir gingen schmerzlichen Entgegen und deshalb dürften wir keine künstlichen Schranken errichten. Wir müßten einzig allen Vorkommnissen gegenüberstehen, indem wir den amtierenden Personen das Arbeiten so leicht wie möglich machten. Kollege Zanneberger meinte, die Liebesliche Drohung, den Wortführer der Opposition die Luft abzuschneiden, könne ihn nicht abhalten, seine Meinung unerschöpflich zum Ausdruck zu bringen. Redner verlas ein Flugblatt des Vorstandes, welches darthun sollte, daß sich der Vorstand manchmal im Widerspruch befunden habe. Er hätte auch bei Gelegenheit der Einführung des Tarifs schneller eingetreten müssen, dann wären viele unangenehme Zwischenfälle vermieden worden. Nachdem die Kollegen Kreschmar und Schmitz nochmals ihrer Unzufriedenheit mit den Anordnungen des Vorstandes Ausdruck gegeben, bemerkte Kollege Hübner unter Tumult, daß in unseren Versammlungen die persönlichen Belieben die Oberhand zu gewinnen schienen; die Sache käme dabei aber stets zu kurz. Nicht den Vorstand treffe die

Schuld, sondern die Kollegen, welche sich bereitwillig von den Prinzipalen zu allen Schandthaten gebrauchen ließen, wie dies seiner Zeit bei den Unterschriften zum Tarifentscheidungsgericht gewesen sei. Der größte Teil der Opposition, welcher mit seinem starken Niedergate sprach, sei gefallen. (Tumult) Die Unterschriften seien erpreßt, und daher nicht rechtsverbindlich. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Nach nochmaligem Verlesen beider Resolutionen wurde die des Kollegen Kressin gegen eine ziemlich Minderheit angenommen. Schluß der Versammlung 1/2 11 Uhr.

a. Nürnberg, 15. Juli. Si tacuisses! (Es wäre besser, du hättest geschwiegen) rufen die Würzburger Kollegen im Anschluß an die famose „Nichtstheilung“ meines Artikels im Corr. der Mitgliedschaft Nürnberg zu. Sehen wir zu, ob sie recht haben. Wo sich die Nürnberger als Vormänner anderer Mitgliedschaften aufgestellt haben, davon weiß wohl auch Würzburg nichts zu sagen — oder will Würzburg gar der hiesigen Mitgliedschaft das Recht abprechen, den allgemeinen Deutschen Buchdrucker-Tarif, der für alle Verbandmitglieder gilt, zur Unterlage seiner Diskussion zu wählen? Es gehört jedenfalls ein einiger Mut dazu, uns aufzufordern, diejenigen Druckerereien zu nennen, in denen der alte Tarif nicht eingeführt ist, jedoch will ich diesem Wunsche nachkommen und Würzburg wenigstens auf zwei größere Firmen aufmerksam machen, wo die Mitglieder nominell in der Mehrzahl sind und wo trotzdem, wie von vier Mitgliedern in einer hiesigen Versammlung konstatiert wurde, noch mit 27 bis 29 Pf. berechnet wird pro 1000 Buchstaben; es sind das die Druckerereien Stachel und Stürg. Was hätten wohl die Mitglieder, die dieses hier öffentlich konstatierten, für ein Interesse daran, die Mitglieder dieser Druckerereien in solcher Weise zu verdächtigen? Ein älteres Mitglied, von dem gesagt wird, daß es in der Druckererei Stürg manchen Strauß wegen nichttarifmäßiger Bezahlung auszusetzen hatte, erklärte später noch einmal, daß es bei Stachel für 29 Pf. berechnete. Uebrigens stellen sich die Würzburger Kollegen mit ihrem Artikel in direkten Widerspruch zu dem Flugblatt „In eigener Sache“, welches ich anlässlich des Streiks bei Richter herausgab. Sie schreiben da u. a.: „Es zählten aber auch alle anderen Druckerereien mindestens dieselben Löhne, deren sich die Firma Richter in fälliger Weise rühmt, denn sie zählt nicht 22 bis 28 Mt., sondern im Durchschnitt 20 Mt.“ Erhalten 2 bis 3 Arbeiter mehr, so werden an sie, dem Lohn entsprechend, auch größere Anforderungen gestellt.“ In Würzburg beträgt aber das Minimum 21,50 Mt. Dann weiter: „Im Richterischen Geschäft sind gegenüber anderen Geschäften noch so viele Mißstände zu beseitigen, daß an die Einführung der neunmündigen Arbeitszeit nie gedacht wurde.“ Also an die Hauptforderung haben diese Kollegen nie gedacht, aber trotzdem geht ihnen der neue Tarif nicht weit genug. Den Nürnbergern aber unterzuziehen, daß sie anno 1892 vor der allgemeinen Beendigung des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen hätten, das kann nur der betr. Artikelschreiber. Für die behauptete Weiterunterstützung von 4 bis 5 Mt. mußte damals Nürnberg selbst aufstehen und kann die Mitgliedschaft ein Vorwurfs dieserhalb nicht treffen. Dreiste Behauptung stellt Würzburg auf, indem es nachweisen will, daß das Abschubtarifmäßig berechnet worden sei. Ich habe dies schon eingangs widerlegt, will aber noch bemerken, daß in der betr. hiesigen Versammlung gerade die Nichtnürnbergern das Gegenteil von tarifmäßig behaupteten. Eine starke Verdächtigung ist auch die Behauptung, daß die meisten Prinzipalskassenmitglieder von Nürnberg gekommen seien. Es würden die Würzburger in arge Verlegenheit kommen, wenn sie die betreffenden Mitglieder namentlich aufzählen müßten. Wenn Würzburg die Kollegialität nur in öffentlichen Zusammenkünften eines Teiles der Mitglieder erblickt, so kann es ja eine sehr gute Mitgliedschaft sein, aber zur Kollegialität gehört jedenfalls etwas mehr und ich möchte nur wünschen, daß Würzburg in dieser Hinsicht so tief stinkt wie Nürnberg, es käme dann aber sehr oft mit dem Allgemeinen Deutschen Buchdrucker-Tarif in Konflikt. Das Recht, diesen Tarif auch anderen Mitgliedschaften in Erinnerung zu rufen, von denen eine gewisse Konkurrenz broht, kann selbst auch Bayreuth den Nürnbergern nicht absprechen. Si tacuisses!

Odenburg. Nach erfolgter Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: Wiedmann als Vorsitzender, Barr als Kassierer, Schüller als Schriftführer. — Das diesjährige Johannisfest, welches gemeinschaftlich von den beiden Bezirksvereinen Odenburg und Bremen hier im Schützenhofe gefeiert wurde, verlief trotz des unfreundlichen Wetters, in ungelungenster Weise. Die Bremer Kollegen hatten sich nicht einem großen Damenskor eingekunden. Auch von Bilsfelden, Bant, Wehta, Barel, Cloppenburg und Gude waren Kollegen erschienen. Erwähnt sei noch, daß das Odenburger Festkomitee sich alle erdenkliche Mühe gegeben hatte, das Festprogramm zu einem reichhaltigen zu gestalten. Von Bremen berichtete man, daß dort nur eine Meinung herrsche über das diesjährige Johannisfest: es sei das der schönsten aller bisherigen gewesen!

T. Saarbrücken-St. Johann. Schon seit langer Zeit machte sich hier das Bedürfnis bemerkbar, einen Gesangsverein zu bilden. Jetzt endlich konnte man, nachdem die Mitgliederzahl auf etwa 50 gewachsen ist und die nötigen Gesangsstränge zur Verfügung stehen, zur Gründung eines solchen schreiten, was auch in der am

11. Juli abgehaltenen stark besuchten Versammlung geschah. Daß es den Mitgliedern hiermit Ernst war, ersieht man schon daraus, daß sie nicht mit dem üblichen Opulus kargten und gegen 100 Mt. zum Fonds des Vereins stifteten. Getauft wurde der Verein nach unserm Altmeister, er erhielt den Namen „Gesangsverein Gutenberg, Saarbrücken-St. Johann“.

K. Buenos-Aires, 25. Mai. Vor einiger Zeit fanden wir in einer Nummer des Corr. die einm. französische Fachblatt entnommene Notiz, daß an Buchdruckervereinigungen hier nur noch diejenige französische Zunge bestehe. Das ist ein Irrtum, denn die 1880 gegründete deutsche „Genossenschaft des Buchgewerbes“ besteht nach wie vor und zählt gegenwärtig 40 Mitglieder. Thatsache ist nur, daß sie eine Zeit lang nicht viel von sich hören ließ, was bei der von Zeit zu Zeit geltendmachenden Indifferenz vieler Kollegen nicht Wunder nehmen braucht. Erakt an demselben Uebel litt übrigens der französische Bruderverein auch: Wer ihm nicht angehört, ignorierte seine Existenz. Gegenwärtig scheint es, als ob es sich im Odenwalde des argentinischen Buchgewerbes rege. Der Unterstufungsverein Sociadad Tipografica Bonaerente hat nämlich einer Anzahl fortschrittlich gesinnter Mitglieder gnädig gestattet, einen Propaganda-Klub zur Erzielung besserer materieller Lebensbedingungen zu gründen. Da gegenwärtig Anstrengungen gemacht werden, der hiesigen allgemeinen Arbeiterbewegung einen neuen Impuls zu geben, ist es möglich, daß das Gros der Jünger Gutenbergs endlich die Schlafmütze in die Ecke wirft. Die „Genossenschaft des Buchgewerbes“ wird ihrerseits ihr Möglichstes thun, um nicht zurückzubleiben. So viel für heute. In einiger Zeit geben wir über den Ausgang der Bewegung näheres mitzuteilen.

Rundschau.

Oekonomisches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Die Absicht der „notleidenden“ Agrarier, den Leuten, die sich keine Butter kaufen können, auch noch den Genuß der Margarine zu verweigern resp. den Verkauf solcher zu erschweren, ist durch Ablehnung des Margarinegesetzes seitens des Bundesrates vereitelt worden. Anlaß zur Verwerfung gaben das vom Reichstag angenommene Verbot des Färbens der Margarine und das Gebot getrennter Verkaufsstellen für Margarine und Butter.

Der Londoner Grasshaffsrat schlägt die Koalitionsfreiheit, wie folgende Resolution, die er zum Beschluß erhob, bemerkt: „Kein im Dienste des Grasshaffsrates stehender Arbeiter soll in irgend einer Hinsicht infolge seiner Angehörigkeit oder Nichtangehörigkeit an einer Trade Union oder andern Organisation eine ihm nachteilige Behandlung erfahren. Kein Beamter oder Vertretter soll direkt oder indirekt, unter welchem Vorwand immer, Nachforschungen pflegen, ob ein Arbeiter einem Gewerksverein angehört oder nicht, und sollte ihm solches zufällig bekannt werden, so hat er hiervon keinerlei Notiz zu nehmen. Jede Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeiter in dieser Richtung, sei es von Beamten, sei es von Vertretern oder anderen im Dienste des Grasshaffsrates stehenden Personen, wird sofortige Entlassung nach sich ziehen.“ So etwas kommt bei uns zu Lande nicht vor.

Dem Beschluß der belgischen Deputiertenkammer, für die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ein Lohnminimum im festzusetzen, ist der Senat nicht beigetreten. Da Regierung und die liberal-konservative Rechte der Deputiertenkammer nun sich dem Senat anschließen, so scheint die Sache bis auf weiteres vertagt.

Industrie und Gewerbe.

Nach dem jüngst erschienenen Statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich wurden im Jahr 1895 6333 Konkurse eröffnet. Dieser Zahl sind die 661 Fälle hinzuzurechnen, in denen der Antrag auf Konkursöffnung wegen mangels einer die Kosten des Verfahrens bedeckenden Konkursmasse abgelehnt wurde. Im Ganzen sind sonach 6994 Konkursfälle zur amtlichen Kenntnis gelangt. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gestaltet sich die Häufigkeit der Konkursfälle so, daß im ganzen Reich auf 100000 Einwohner 13,5 Konkursfälle entfallen. Bei den 3770 durch Schlußverteilung beendeten Konkursen erhielten die Gläubiger in 183 Fällen gar nichts, in 540 Fällen weniger als 5 Proz. ihrer nicht bevorrechtigten Forderungen, in 635 Fällen 5 bis unter 10 Proz. und in 606 Fällen 10 bis unter 15 Proz.

Nach dem Berichte der Gewerbeinspektoren für Berlin und Charlottenburg ist die Zahl der männlichen über 16 Jahre alten Fabrikarbeiter von 94931 im Jahr 1894 auf 104704 im Jahr 1895, also um 9773 gestiegen. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter ist gegen das Vorjahr ebenfalls gestiegen. Nach der letzten Zählung wurden 354 männliche und 380 weibliche, zusammen 734 junge Leute mehr beschäftigt als im Jahr 1894; es waren von 2259 Fabriken (gegen 2209 im Jahr 1894) 4754 männliche und 3351 weibliche, zusammen 8105 junge Leute gemeldet. Die Zahl der in Fabriken verwendeten Kinder unter 14 Jahren stieg im Berichtsjahre von 8 auf 13. Nach der Aufnahme des Jahres 1895 wurden in 2049 Fabriken 16321 Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren und 21095 über 21 Jahre, zusammen 37416 erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Anlager, welche Arbeiterinnen verwenden, ist gegen das Vorjahr um 63 zurückgegangen. Dies ist zum Teile darauf zurückzuführen, daß manche früher zu den Fabriken gerechnete Betriebe von den Ge-

